

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ercheim wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.20 RM. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis für 10 Zeilen 75 Pf. Geschäfts- und Privatannoncen 1 RM.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 2204-07. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 34

Duisburg, den 21. August 1920

21. Jahrgang

Essen, die Wiege der christlichen Arbeiterbewegung.

Unsere neunte Generalversammlung tagt in Essen auf historischem Boden. Das Buch der Geschichte Essen trägt auf vielen Seiten die Spuren der deutschen Arbeiterbewegung und erzählt von dem zähen Ringen, durch das sich die christliche Arbeiterschaft Geltung und Anerkennung verschaffte.

Als um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts kräftiger wie je zuvor, der Ruf nach Gründung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften durch die deutschen Lande scholl, fand der Gedanke bei der Essener Arbeiterschaft begeisterte Aufnahme. Essen zählt mit zu jenen Städten, in welchen der Organisationsgedanke der Arbeiterschaft früh erwachte. Hier fand die anfangs der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ins Leben gerufene christlich-soziale Arbeitervereinsbewegung günstigen Boden zur Entwicklung. Von Essen aus hat auch unsere heutige christliche Gewerkschaftsbewegung im Industriegebiet ihre mächtigen Wurzeln geschlagen.

Das ehemalige Landstädtchen Essen, in dem schon unter der Herrschaft der Markgrafen der Gewerbesinn in dem Büchsenmacher- und Zuckergewerbe gut vertreten war, hat sich gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts zu einem weltbekannten Industriemittelpunkt herausgebildet. Naturgemäß blieb mit der industriellen Entwicklung die Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht aus. Schon Ende der 40er Jahre versuchten die Anhänger Lassalles, wie Hasenklever, Zille usw., die sozialistischen Ideen in Essen und im Ruhrgebiet zu verbreiten und bei der Reichstagswahl 1871 wurden von den rund 61 000 Stimmen, die in Deutschland auf die Lassalleaner fielen, rund 30 Prozent in Rheinland und Westfalen aufgebracht. Doch hielt diese Bewegung nicht lange an, sondern ging alsbald stark zurück. Frühzeitig erhob sich damals die christlich-soziale Arbeiterschaft.

Bereits im Winter des Jahres 1869/70 gründete sich in Essen der erste christlich-soziale Arbeiterverein, in dem schon damals die Arbeiter selber Konzeptionen aufgenommen wurden, und der den Vorläufer der heutigen kath. Arbeitervereine bildet.

Durch den Hauptträger der damaligen Bewegung, den christlichen Arbeiterverein Essen, der zum größten Teil aus den Metallarbeitern bestand und im Anfang der 70er Jahre an 2000 Mitglieder zählte, wurde auch die gewerkschaftliche Arbeit durch Unterrichtskurse usw. vorbereitet. Im Jahre 1876 entwickelte sich aus diesem Verein der „Verein Rheinisch-Westfälischer Metall-, Stein- und Holzarbeiter“, der eigentlich als Gewerkschaft gedacht war. Dies geht z. B. aus dem § 1 seines Statuts hervor, welches lautet:

„Zweck des Vereins der Rheinisch-Westfälischen Metall-, Stein- und Holzarbeiter ist die Förderung der geistigen und leiblichen Wohlfahrt seiner Mitglieder. Ersteres soll erzielt werden durch Unterweisung und geistlich gestattete Vorträge, letzteres auch dadurch, daß der Verein bestrebt ist, auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung die Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder so günstig als möglich zu gestalten.“

Die etwas sonderbare Fassung dieses Paragraphen ist zweifellos aus den damaligen Zeitverhältnissen zu erklären. Jedenfalls geht daraus hervor, daß den damaligen Führern der christlich-sozialen Bewegung in Essen schon die Notwendigkeit von Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Bewußtsein gekommen war. Leider wurde der Verein teils durch den unseligen Kulturkampf, teils durch das die gesamten wirtschaftlichen Bestrebungen lähmende Sozialistengesetz vom Jahre 1878, sowie zum großen Teil durch den ungeheuren wirtschaftlichen Druck der Großindustrie, besonders der Firma Krupp in Essen, seinen eigentlichen Zweckbestimmungen immer mehr entfremdet und zur reinen Unterstützungsvereinigung herabgedrückt. Der Verein hatte auch das mit unseren heutigen Bewegungen gemein, daß er sich direkt auf den christlichen Boden stellt, indem es im § 3 heißt:

„Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene christlich-gesinnte Metall-, Stein- und Holzarbeiter des Rheinlandes und Westfalens werden, der das 18. Lebensjahr erreicht hat.“

Des ferneren war er ebenfalls parteipolitisch neutral, indem der § 8 ausdrücklich besagt:

„In den Versammlungen des Vereins dürfen politische Gegenstände nicht erörtert werden.“

Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung ist jedenfalls zu bedauern, daß aus den oben angeführten Ursachen die so schön und Erfolg versprechend angefangene Bewegung im Sand verlies. Trotzdem ist es zweifellos den damaligen Führern hoch anzurechnen, daß sie in einer politisch so bewegten Zeit auch den wirtschaftlichen Notizen des Arbeiterstandes zu steuern trachteten, sie haben trotz des unbestreitbaren Verdienstes, der heute schon so mächtigen christlich-rationalen Arbeiterbewegung im Essener Gebiet tüchtig vorgearbeitet zu haben. Die Saat ist, wenn auch spät, aufgegangen und hat auch reichliche Früchte getragen.

Im Jahre 1869 hatten sich auch schon in Essen, Mittenessen, Vorbeck, Stoppenberg die Bergarbeiter in Knappenvereinen zusammengefunden. Was Wunder, wenn daher auch der Gewerkschaftsgehalt unter den Bergarbeitern des Essener Bezirks schon früh Wurzel faßte.

Der erste Ruhrstreik brach 1858 auf zwei Essener Flecken aus, der nach acht Tagen erledigt wurde. Dann folgte 1872 ein weiterer sogen. wilder Streik, der sich am 17. Juni 1872 auf 40 Flecken in Essen und Umgegend erstreckte, zwar mangels einer gewerkschaftlichen Organisation verloren ging, aber zur Gründung eines „Verbandes der Grubenarbeiter“ mit dem Sitz in Essen führte. Durch die folgende schlechte Konjunktur ging derselbe bald wieder ein.

Bei der dann am 28. November 1878 in der im Stadtpark zu Essen zum Zwecke einer Neugründung tagenden Versammlung wurde von dem Metallarbeiter und späteren Reichstagsabgeordneten Stöbel aus gewichtigen Gründen einem neutralen Verband widersprochen und für einen christlich-sozialen Verband plädiert. Ein neutraler Verband wurde gegründet, der aber vor allem infolge der rücksichtslosen Bekämpfung durch die Unternehmer vernichtet wurde. Der Ruhrstreik von 1889 kam und ging mangels einer Organisation verloren, führte aber zur Gründung des „Verbandes zur Wahrung der Förderung der bergmännischen Interessen“, der sich später in den „Verband der Bergarbeiter Deutschlands“, den heutigen sozialdemokratischen Bergarbeiterverband, umwandelte. Bald traten in diesem neugegründeten Verband die sozialdemokratischen Tendenzen recht scharf hervor, die zur Folge hatten, daß zahlreiche christlich gesinnte Bergleute austraten. Der Verband ging von 58 000 Mitgliedern im Jahre 1890 auf 10 980 im Jahre 1894 zurück. Nachdem 1890 in Bochum schon ein Gegenverband „Gild auf“ gegründet worden war, der aber 1892 wieder einging, wurde unter tatkräftiger Initiative der in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung allgemein bekannten Kollegen Brust und Kötter und unter Mitwirkung des bereits oben genannten christlichen Arbeitervereins und zahlreicher katholischer und evangelischer Arbeiter- und Knappenvereine am 26. August 1894 in Essen die Gründung des „Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter“ für den Oberbergamtsbezirk Dortmund beschlossen und am 28. Oktober 1894 endgültig konstituiert.

Nachdem nach langen Bemühungen und nach verschiedenen vergeblichen Versuchen der „Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter“ in Essen gegründet war, folgten auch bald die Arbeiter der anderen Berufe dem Rufe nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß in christlichen Berufsverbänden. Trotzdem auch schon in den neunziger Jahren insbesondere durch die Entwicklung der Krupp'schen Fabrik das Metallgewerbe einen großen Umfang angenommen hatte, vergingen noch 5 Jahre, bis unser christlicher Metallarbeiterverband ebenfalls Wurzel fassen konnte. Aber nicht von Essen ging diese Gründung aus. Hier, wie überhaupt auf den großen Werken in Rheinland und Westfalen wurden die selbständigen Regungen der industriellen Arbeiter immer wieder erstickt. Dazu kamen die in den neunziger Jahren unter starkem industriellen Druck sich vollziehenden Reichstagswahlen, die namentlich in Essen im Jahre 1893 überaus scharfe Formen annahmen als gegen den bisherigen einzigen christlichen Arbeiterabgeordneten den Metallarbeiter Stöbel, der Besitzer der Krupp'schen Fabrik, Herr Friedrich Krupp, aufgestellt und unter Anwendung vieler Druckmittel und starker Wahlbeeinflussung auch gewählt wurde.

Der Druck in der Großindustrie ließ allmählich nach, seit die gewerkschaftlichen Organisationen in der Metallindustrie in den Kampf eingriffen. Als im Jahre 1899 durch unseren jetzigen Verbandsvorsitzenden Kollegen Franz Wiedler in Duisburg unser christlicher Metallarbeiterverband gegründet worden war, nahm er mit Recht das Ringen gegen den die Arbeiterschaft gefährdenden Druck des Unternehmertums auf.

Damals wurde in der noch selbständigen Gemeinde Utendorf, dem heutigen Stadtteil Essen-West, der immer am stärksten mit Metallarbeitern durchsetzt war, sofort eine der ersten Ortsgruppen des Verbandes gegründet, die später mit den anderen aus Essener Gebiet gegründeten Gruppen vereinigt wurden.

Immer hat die Ortsverwaltung Essen im christl. Metallarbeiterverband eine hervorragende Stellung eingenommen, nur während des Krieges ist sie von Duisburg überholt worden. Heute stellt sie wieder mit 15 800 Mitgliedern die stärkste Verwaltungsstelle unseres Verbandes dar. Von Essen aus mußte auch die Bahn frei gemacht werden für die christliche Arbeiterbewegung im ganzen Industriegebiet. Noch heute bildet Essen die Hochburg der christlichen Gewerkschaftsbewegung und es sind zurzeit in dem Essener Bezirksartell 48 000 christliche Gewerkschaftler vereinigt, daneben stehen in treuer Wasfenbrüderschaft 6000 Angestellte und Beamten vereinigt in dem Ortsartell Deutscher Angestelltenvereinigungen.

Wäge die Entwicklung Essens in der christl. Gewerkschaftsbewegung jeder unserer Ortsgruppen ein Beispiel zur Nachahmung sein.

Heinrich Strunk.

Außenhandelsstellen.

Heinrich Krell.

Fragen der Wirtschaft wurden bis vor kurzem vom Staat und Unternehmer gelöst ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft. Der Staat trieb Wirtschaftspolitik unter abgehender Teilnahme von Unternehmervertretern oder Unternehmerorganisationen. Auf die Ansicht der Arbeiterschaft in solchen Fragen wurde kein Wert gelegt. Eine Mitwirkung in Wirtschaftsfragen fand nur in möglichem Umfang durch die wenigen Arbeitervertreter in den Parlamenten statt. Die große Masse der Arbeiterschaft stand den Wirtschaftsangelegenheiten teilnahmslos gegenüber. Ihr Trachten war in der Hauptsache auf auskömmliche Einkommensverhältnisse und Einwirkung auf Betriebsangelegenheiten gerichtet. Dem vorwärtsstrebenden Teil der Arbeiterschaft aber blieben die Stellen verschlossen, die ihnen Einblick und damit eine Mitwirkung möglich machten.

Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch Deutschlands brachten hier eine Wendung zum Besseren. Einerseits verlangte die Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht an der weiteren Gestaltung der wirtschaftlichen Dinge, andererseits wurde seitens der Behörden und Unternehmer die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft zur Mitwirkung heranzuziehen, anerkannt. Ausgehend von dem Gedanken, daß in Zukunft in der deutschen Wirtschaft nicht mehr das Einzelinteresse eines Staatsbürgers ausschlaggebend sein darf, sondern die Wirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden muß, zu deren Festlegung und Durchführung die Arbeiterschaft mitberufen ist, steht sie vor gewaltigen Aufgaben. Der Gesetzgeber legte ihr Mitbestimmungsrecht fest im Betriebsrätegesetz für die Arbeitsstelle, in den Bestimmungen für Selbstverwaltungskörper, Außenhandelsstellen und zuletzt im vorläufigen Reichswirtschaftsrat für die allgemeine Wirtschaft.

Die Schaffung von Außenhandelsstellen war von dem Gedanken eingegeben, ihnen folgende Aufgaben zuzuwenden:

1. den Inlandsbedarf zu sichern,
2. einen angemessenen Ausführpreis auch unter den schlechten Valutaverhältnissen zu erzielen,
3. Kontrolle zu üben, daß volkswirtschaftlich wichtige Gegenwerte nach Deutschland geschafft werden,
4. die Erhebung einer sozialen Abgabe; als neue Aufgaben sind ihnen zugewiesen:
5. Vermeidung des Dumpings,
6. Wahrung guter Sitten und Vertragstreue im Handel.

Dieser Aufgabenkreis ist und war gezogen durch das Darniederliegen unserer Volkswirtschaft, durch unsere Lage als besiegtes Volk. Unsere Beschuldung gegenüber dem Ausland, unsere entsetzliche Lage in der Versorgung mit den notwendigsten Lebensmitteln, unser Mangel an Rohstoffen legt uns die Verpflichtung auf, unsere Einfuhrmöglichkeiten hinsichtlich der verschiedenen Produkte einer genauen Prüfung zu unterziehen. Für die Einfuhr von Dugumwaren ist für die nächste Zukunft kein Raum. Die Einfuhr von Fertigfabrikaten ist so weit zu unterbinden, als sich dieselben im Inland gleichwertig herstellen lassen. Andererseits haben wir ein Interesse an der Förderung der Ausfuhr von Fertigerzeugnissen, nicht aber an

hoffen und Halbfabrikate. In ihnen wird vielfach im Ver-
sehbarmangel. Die Notwendigkeit der Ordnung die-
ser Dinge ist auch schon oft gegeben durch unsere Ver-
besserungs- und Verbesserungsmaßnahmen, deren Erfüllung im Falle
schränkenloser Ein- und Ausfuhr unmöglich ist. Ein wei-
teres Moment, die Wirtschaft zu regeln, zu ordnen, be-
dingt unsere Absatzverhältnisse, die teilweise zu einer
Beschleunigung unseres Volkseinkommens führten und ein
Eingreifen notwendig machten. Hierzu boten sich zwei
Wege. Regelung durch die Behörden oder durch sogen.
Selbstverwaltungskörper. Meinerseits, Nationalparlament,
Unternehmer und Arbeitervertreter entschieden sich
für das Letztere. Die Arbeitervertreter traten für Selbst-
verwaltungskörper ein, da der behördliche Bürokratis-
mus der Erledigung von Wirtschaftsangelegenheiten hin-
derlich ist und auf dem Wirtschaftsmarkt schädigend wir-
ken mußte.

In den letzten Monaten ist für alle Industrien der
Aufbau der Außenhandelsstellen erfolgt. Für die Metall-
industrie sind folgende Stellen geschaffen:

1. Außenhandelsstelle für Eisen- und Stahlerzeugnisse,
2. Außenhandelsstelle für Metallerezeugnisse,
3. Außenhandelsstelle für Gießereierzeugnisse,
4. Außenhandelsstelle für Elektrotechnik,
5. Außenhandelsstelle für Feinmechanik und Optik,
6. Außenhandelsstelle für den Maschinenbau,
7. Außenhandelsstelle für Eisenbahnwagen,
8. Außenhandelsstelle für die Fahrzeugindustrie,
9. Außenhandelsstelle für Schiffe,
10. Außenhandelsstelle für die Musikinstrumente,
11. Außenhandelsstelle für Spielwaren,
12. Außenhandelsstelle für Kleinisen und Stahlwaren
(Eisenfeld),
13. Eisenwirtschaftsbund,
14. Metallwirtschaftsbund.

Für jede Außenhandelsstelle ist ein Außenhan-
delsausschuß, der laut Gesetz paritätisch, d. h. in gleicher
Zahl aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenge-
setzt sein muß, außerdem noch aus Vertretern. Derselbe
grundständige Bestimmung besteht für die Ausschüsse
und Kommissionen. Diese Zusammenfassung der Ar-
beitgeber und der weitgehendsten Einfluss. Der deutsche
Metallarbeiterverband legt auf die Mitwirkung in diesen
Selbstverwaltungskörpern im Interesse der Arbeiterschaft
größten Wert. Er hat seinerseits die ihm zustehenden Stel-
len durch seine Vertreter besetzt, bereits in sehr erhebli-
chem Maße in Fragen des Außenhandels mitgewirkt und
durch diese Mitwirkung die Arbeiterschaft vor Schäd-
igungen bewahrt. Der Deutsche Metallarbeiterverband
hat sich bisher dieser Mitarbeit auf Grund eines unfin-
nigen Beschlusses gegen die Arbeiterschaft entzogen.

Schmerzwiegender Interessen der Arbeiterschaft werden von
demselben somit aufs Spiel gesetzt, bedingt durch seinen
Generalversammlungsausschuß in Stuttgart und seine sa-
natistische Stellung für den Klassenkampf. Es bleibt somit
in der Metallindustrie der nicht sozialdemokratischen Ar-
beiterschaft allein überlassen, die Interessen der Arbeit-
erschaft zu vertreten und im Sinne des gesamten Volkes
in den Selbstverwaltungskörpern zu wirken.

Die bisherige Praxis hat ergeben, daß zwar grund-
sätzliche Beschlüsse nicht ohne Zustimmung der Vertreter
der Arbeiterschaft zustande kommen können, doch ist heute
noch ihr Einfluß in die Geschäfte der Außenhandelsstelle
und ihre Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse,
ihre Einwirkung auf den Geschäftsgang eine ungenügende.
Die Sitzungen der Außenhandelsausschüsse finden in der
Regel einvernehmlich statt. In der Zwischenzeit ist den
Arbeitnehmern jede Beeinflussung der Stelle versagt. Re-
formen erscheinen hier durchaus am Platze.

Den Arbeitnehmern einen vermehrten Einfluß zu
schaffen, muß Aufgabe unserer Vertreter sein. Je größ-
erer Einfluß ihnen gewährt wird, desto größer wird
einerseits ihre Kenntnis in Wirtschaftsfragen erweitert,
andererseits die Sicherheit geschaffen, daß die Interessen
der Arbeitnehmer gewahrt werden.

Der wirtschaftliche Liberalismus hat seine Zeit über-
lebt. An seine Stelle tritt die Ordnung der Wirtschaft
nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen. Die Selbstver-
waltungskörper werden zu den wichtigsten Trägern der-
selben berufen sein. Sie haben im Unternehmerlager
große Gegner gefunden. Diesen Gegnern muß aber
entgegengehalten werden, daß auch in den Jahren vor
dem Kriege eine absolute Wirtschaftsfreiheit nicht mehr
vorhanden war. Das ganze Wirtschaftsleben war durch-
setzt von Verbänden, Kartellen, Syndikaten und sonstigen
Vereinigungen. Nur waren diese einseitig aus Erzeuger-
oder Handelsunternehmern zusammengesetzt, während in
den neuen Körpern auch den Arbeitnehmern und
Verbrauchern ein Mitbestimmungsrecht gesichert ist. Sie
stellen somit eine Arbeitsgemeinschaft dar. Die christliche
Arbeiterschaft wird sich den dadurch erwachsenden Ver-
pflichtungen nicht entziehen, sondern im Bewußtsein ihrer
Verantwortung tatkräftig einwirken.

Die roten Internationalen.

In diesen Tagen fanden zwei Kongresse statt, die sowohl
für das sozialistische Proletariat als auch darüber hinaus von
Bedeutung sind. Die Tagung der zweiten sozialistischen Inter-
nationale in Genf und die der dritten sozialistischen Inter-
nationale in Moskau. Die Städte bedeuten Programme.
Moskau oder Wladimir, langames Herangehen des Sozialismus
oder Weltrevolution mit Terror und Kampf, sozialistische De-
mokratie oder ausgesprochenste Diktatur des Proletariats, das

sind die beiden Schlagwörter, unter denen die Sozialdemokratie
der Welt in zwei große Heerhaufen geteilt, gegeneinander steht.

Aber, das ist das Wesentliche, der Kampf ist rein formell
trotz der Beschimpfungen und Verhöhnungen denn es ist nur
ein Kampf um die Dauer, um die Länge des Weges, nicht um
das zu erreichende Ziel selbst.

Was beide trennt, ist die Schnelligkeit, die Macht,
die alles Recht und alle Gesellschaftsordnung niederringende
Energie, mit der der linke radikale Flügel, die Volkswirtschaften
aller Länder, welche in der dritten Internationale vereinigt
sind, das sozialistische Ziel erreichen wollen.

Was beide trennt, ist und was stärker ist als
das trennende Moment, ist die materialistische Idee, der Kampf
gegen die im Christentum verankerten wahren sittlichen Motive,
der Kampf gegen die Gemeinschaftsidee.

Die Genfer Gruppe, in der die rechtssozialistischen
Kreise aller Länder, voran die deutschen Mehrheitssozialisten,
zusammengeschlossen sind, haben vom alten Revisionismus die
kluge Taktik übernommen. Ihre wahren Ziele unter einem
Schmalt von beläubenden Phrasen, unter denen das Wort „De-
mokratie“ nicht das letzte zu verbergen und mit unsichtbaren
Nädeln die lauen unzufriedenen und nicht tiefer blühenden Ele-
mente anderer Stände, besonders auch des Mittelstandes, zu
sich herüberziehen. Diese Taktik, so klug und gefährlich sie ist,
wurde von dem im radikalen Drang erzeugten sozialistischen
Proletariat nicht verstanden. Das sozialistische Proletariat,
soweit es unter Führung der U. S. P. und der Kommunisten
steht, hat im dämonischen Zug, die letzte Konsequenz zu er-
reichen, mit brutaler Kraft die wahren Ziele der Sozialdemo-
kratie enthüllt, welche die U. S. berechnend zu verdecken ver-
standen.

Die Moskauer Gruppe, welche sie allen, fast ver-
stauten sozialistischen Programmen radikal und ohne jede Rück-
sicht auf andere Stände, auf Wirtschaftselben und Wirtschafts-
höhe durchführen will, wirkt — von ihrem Standpunkt aus
gesehen — mit Recht der Genfer Gruppe überall an den heiligen
Satzungen des Proletariats vor, weil diese mit Rücksicht auf
die andern Volksschichten und Weltanschauungen nicht den Mut
besitzte, ihr wahres Gesicht zu zeigen.

In Genf wollen die Linken alle Trümmer zusammen-
schütten; in Moskau wollen die Konsequenzen um das radikale
Proletariat ein neues festes Band legen.

Die erste und zweite sozialistische Internationale sind am
merkwürdigen Krankenbett der Geschichte gestorben. Sie sind
Kinder einer Friedenszeit gewesen, wo es ungenauer leicht war,
Verbrüderungsbreden zu halten und den Ruf „Proletariat aller
Länder vereinigt euch“ bis in die letzte Weltdecke zu dröhlen.
Es war auch ungenauer leicht, Resolutionsgegenstände Dienstlich-
keit und Kriege anzunehmen, die ein blutiges Urteil über sie
es war auch so leicht, sich an dem Gedanken zu betäuben, das
Proletariat brauche nur zu wollen, und die Kriege wären von
der Erde weggeblasen. Das Tragische bei der ganzen
Sache war, daß zwei Kriege, der Krieg von 1870 bis 1914
Internationale und der Weltkrieg von 1914 bis im
Jahre 1876 gegründete zweite Internationale und den Jahren
den Angeln hob und bereit niedererschmetterte, daß im Jahre

Die Wirtschaft in Rußland.

In der vorigen Nummer brachten wir unter der Überschrift „Recht
und Gerechtigkeit in Rußland“ einen Auszug aus dem Buchlein des Sozial-
isten Kleinow, der in Rußland in seiner Gefangenschaft das Räte-
system bis zum letzten Auslöste. Die Wirtschaft Rußlands hat sich
Kleinow gut angesehen, und er kommt zu dem Schluss, der allein möglich
ist, nämlich, daß das Rätesystem unfähig ist, eine Wirtschaft zur Höhe
zu führen. Er schreibt über die Industrie:

Industrie.

In jeder Fabrik Arbeiterkomitees eingeführt, welche
alle sorgten, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeiter be-
treffen, innegehalten wurden. Dies trat sofort in allen Fabriken in
Kraft und hatte zur Folge, daß der bisherige Betrieb von vielen
Seiten der inneren Verwaltung ganz ausgegliedert wurde, vor allem
den Arbeiter Ausschüsse abgetrennt. Dann folgte allmählich die Ratio-
nalisierung der einzelnen Betriebe, die durch Diktat verfügt wurde und
bestand darin, daß die gesamte Fabrik mit Arbeiter und Maschinen
in den Besitz des Staates überging, wobei irgendeine Entschädigung
nicht gezahlt wurde. Dieser Augenblick nach Möglichkeit herauszu-
schleusen, lag natürlich im Interesse des Betriebes, dies um so mehr,
da jeder Betrieb, der in Staatsverwaltung überging, so teuer arbeitete,
daß die Preise täglich stiegen; konnte man aber einen eigenen Be-
trieb noch einige Zeit für eigene Rechnung weiterführen, so verdienten
man gewaltige Summen. Es sind noch heute manche Betriebe Groß-
Rußlands nicht nationalisiert. Die Verwaltungen der nationalisierten
Betriebe sind die Fabrikkomitees, bestehend aus Arbeitern und Ange-
hörigen derselben, denen oft auch die früheren Besitzer angehören,
die aber nurmehr dieselben Beschlüsse erhalten, wie jedes andere
Komitee. Diese Komitees sind von der Verantwortlichkeit der von
ihnen geleiteten Betriebe ganz unabhängig. Sie reichen ihrer vorgelegten
Rechnung ein Budget für das ganze Arbeitsjahr ein, erhalten diese Summe
ganz oder mit Streichungen vom Kommunistenrat und liefern die
Produktion dagegen ganz an die staatlichen Verwaltungsorgane ab.
Das sieht soweit ganz kläglich aus, und der betriebliebe Mann glaubt
bei dieser Form der Verwaltung eigentlich ganz abgeplattet wäre:
sehen wir einmal zu, wie sich dieses System in der Praxis gestaltet.

Durch der Besitzer; er verwendete vor der Nationalisierung seine
ganze Energie und reiche Mittel dazu, um diese nach Möglichkeit
möglichst zu erhalten. Die Korruption erreichte auf diesem Gebiete schwebel-
hafte Höhen, da die Angestellten der Regierung sämtlich mit ihren Ge-
altern nicht unabhändig ankommen konnten.

Wurde das Unternehmen schließlich doch enteignet, und war
es möglich der Verwaltung empfinden, so ging sehr ganzes Betreiben
betriebl. Möglichst viel Rohstoffmaterialien und Maschinen von
den Staatsbetrieben herauszubringen, dagegen so wenig wie möglich
aus der Fabrik herauszugeben, dies aus der Erwägung heraus, daß die
Volkswirtschaft der Fabrik bis zum Ende haben müsse; in diesem
Moment aber wollte er dann eine möglichst volle Fabrik zurückhalten.
Diese faktierenden früheren Besitzer sind den obersten Epochen des
Staates eine wohlbeliebte Erscheinung. Vielfach entsteht man für; aber
man konnte nicht gegen alle mit Erfolg ankämpfen, da zu viele mit ihnen
Hand in Hand gingen und man außerdem ihre Kräfte in der Leitung
brauchte.

Nun die Arbeiter: Sie werden gelohnt mit Naturalien aus Geld,
unabhängig von dem geleisteten Arbeitsquantum. Der Versorgungs-
apparat oder funktionierte in ungenügender Weise, so daß die Arbeiter
entweder auf dem Markt oder gar nicht empfangen werden konnten, die Geldlöhne
dagegen reichlich in keiner Weise aus, wenn auch die Zahlen sehr hoch
schienen, aber die Preise für alles stiegen so rasch, daß ein Arbeiter
kaufen gar nicht zu denken war. Infolgedessen wird aus den Fabriken
kaufkraftlos und verkauft, was sich nur durch den Verkauf von Waren
aus sich gegenwärtig wenig löst. In jedem Betriebe Geld drückt; die
Arbeitsleistung verkleinerte sich von Tag zu Tag, da ja derjenige, der
fertig brachte, für die gleiche Zahlung die geringste Kraft bezogener
Arbeit.

als der russische Proletariat. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß bei
solchen Zuständen die Produktionsleistung täglich sank und der Preis
der fertigen Produkte ebenso rasch stieg. Ein Beispiel sei an-
geführt: Eine Fabrik, die in den Jahren 1915—16 mit 175 Arbeitern
einen Umlauf von 600 000 Rubeln machte und dabei guten Verdienst
abwarf, hatte zwei Jahre nach ihrer Nationalisierung einen Arbeiterstand
von 140 Mann, die etwa ein Viertel der früheren Produktion an-
fertigten, dabei aber ein beständiges Jahresbudget von 15 Millionen Rubel.

Diese Zahlen teilte mir der frühere Besitzer mit. Man kann an-
nehmen, daß ähnliche Verhältnisse in allen Betrieben herrschen, was
in den Kreisen einerseits, in dem gänzlichen Mangel an allem anderen-
seits seinen berechtigten Ausdruck findet. Man kann wohl sagen, daß die
gesamte russische Industrie unter dem kommunistischen Regime voll-
kommen zusammengebrochen ist. Die Fabriken sind bei der sorglosen
Schandhandlung der Maschinen verfallen, neues ist nicht geschaffen worden,
Reparaturen nicht ausgeführt. Jetzt in allerletzter Zeit, wo der schlechte
Transport das ganze Wirtschaftsleben stillstehen ließ, begannen die
Volkswirtschaften, verschiedene Prämiensysteme anzuwenden, z. B. jeder re-
parierte Eisenbahnzug führt zuerst eine Sendung Getreide in die Fabrik,
die ihn repariert hat, aus dem Vorrat der Fabrik — das ist der erste
Verdienstübergang zur Arbeit, stellt daher schon einen Bruch
mit dem kommunistischen Prinzip dar, weitere aber folgen, z. B. beim
Vollbauern, nachdem die Heizungsfrage katastrophal geworden war.

Transportwesen.

Seit 1½ Jahren befindet sich Groß-Rußland im Kriegszustand.
Dieser bringt erschreckend eine erhebliche Kapitalmangel aller Trans-
portmittel mit sich, die in Rußland noch dadurch verschärft wurde, daß
mit dem Ausbruch der Revolution eine vollständige Jagdlosgleichheit eintrat.
Gründungsbedingte Soldaten besetzten nicht nur die bunten Wagen aber
alle Gebirge, sondern besetzten Dächer, Treppentritte, ja sogar Puffer,
während alle Transportmittel einer Zerschlagung ausgesetzt waren, die
nicht über das Normale hinausging. Dann wurde Rußland von seinen
Hauptbahnen abgetrennt, und es begann der Mangel an Schienen-
materialien, was wieder ein ständiges Hin- und Her der Arbeiter zur Folge
hatte und in derselben Weise wirkte. Andererseits aber sank die Leistungs-
fähigkeit der Werkstätten außerordentlich, wie bereits vorher angedeutet
wurde, und der Import ausländischer Maschinen und Waggon hörte mit
Beginn der Volkswirtschaften (Oktober 1917) ganz auf. Ist es
bei dem Zusammenbrechen aller dieser Umstände zu verwundern, daß heute
ein gänzliches Versagen der Transportmittel eingetreten ist? Und er-
scheint es vielmehr als notwendige Folgeerscheinung derselben. Der
Einfluß eines solchen Zustandes auf das ganze Wirtschaftsleben ist leicht
zu ermessen, besonders, wenn das betreffende Land weiter im Kriegs-
zustand bleibt und die wenigen disponiblen Güter zu militärischen Zwecken
verwendet muß. Die Güter verlieren nicht mehr sachplanmäßig, sondern
je nachdem, wie es gelangt, einen Zug zusammenzubekommen; dabei
brennt die Ketten ganz ungenügend lange. Unsere Steuer Geschieben-
weisen nach ihrer Verteilung zwölf Tage von Moskau bis Riga. Die Güter
kosten sich zu tragen durch das Land hindurch. Als wir von Moskau nach
Petersburg reisten, war das typische Bild auf allen größeren Stationen
eine große Anzahl anbrauchbarer Lokomotiven und Waggon. Die Lüge
ist katastrophal geworden. Jetzt nachdem es zu spät ist, rufen sich die
Volkswirtschaften zu einer Kraftanstrengung großen Stils auf. Seit etwa
zwei Monaten wurden der Arbeit demobilisiert, jedoch nicht ent-
lassen, sondern zu einer sogenannten Arbeitarmee (trudowaia armija) um-
formiert. Diese soll jetzt in erster Linie das Transportwesen in Ordnung
bringen. Möglich erscheint in den Betrieben der „Arbeitsarmee“ der Ar-
beitsarmee, worin z. B. gemeldet wird, wieviel und von wem eine größere
Strecke von Schiene gebaut ist oder wieviel Holz geschlagen wurde, oder
so und weitere Lokomotiven wären aus dem Schnee ausgegraben worden,
etc. Der kommunistische dieser Armee ist Trost, der allerdings aber
ein bedenkendes organisatorisches Talent verfaßt; ob er aber bei dem
gänzlichen Mangel aller Hilfsmittel viel wird leisten können, bleibt ab-
zuwarten. Der Bedarf an allem, was mit dem Transport zusammen-
hängt, angefangen von letzten Lokomotiven bis zur Eisenbahnkette,
ist ungeheuer, und wird auf lange Jahre ein dankbares Exportgebiet
bleiben, sobald die politischen und finanziellen Verhältnisse einen solchen
zulassen.

Landwirtschaft.

Das gesamte Land wurde als Eigentum des Staates erklärt, wobei
jedem nur das zum Kaputtieren behaltene Recht, was er persönlich
mit seiner Familie bearbeiten konnte. Das hat in der Praxis Entsetz-
ung des gesamten Großgrundbesitzes, während der Bauer nicht nur die
tatsächlichen Besitz seines Landes blieb, sondern auch die Verwaltung
erhielt sich von dem bisherigen Land des Großgrundbesitzers das anzu-
eignen, was er glaubte bestellen zu können. Der jahrhundertlange Kampf
der Bauern gegen ihre Gutsherren kam dabei in vielen Gegenden zum
Durchbruch. Es wurden eine große Anzahl von Gutshöfen vernichtet.
Die Güter sollten von dem bisherigen Gutsherrn kommunalhaft bewirt-
schaftet werden, soweit dies dazu in der Lage war ohne die Hülfshände der
umliegenden Dörfer; welche Erfahrungen man damit gemacht hat, ist nicht
bekannt; in der Praxis wird naturgemäß alles in den ruffischen Dörfern
geändert, was aber nichts Befragt, die Wahrheit und Objektivität eine ganz
entschiedene Rolle in den Zeugnissen der Volkswirtschaft spielen. Es
läßt sich hierin entschuldigend gesagt werden, daß vielfach überzogene Kom-
munisten sich dabei oft selbst betrogen; es ist allgemein interessant zu
beobachten, wie intelligente Leute, die sich in eine Idee verannt haben,
alles durch die Brille dieser Idee sehen und zu einer objektiven Bewer-
teilung schließlich ganz unfähig werden. Verschleierlich wurde aus-
drücklich erzählt, daß in den meisten landwirtschaftlichen Kommunen
dieser Art das lebhaftere Streben ausbrach, der eine rationelle Bewer-
tung derart führte, daß die Regierung sich veranlaßt sah, staatliche Bewer-
ter auf den Gütern einzusetzen, aus die Arbeiter als Kaufleute zu
beziehen anzustellen. Also eigentlich das alte Verhältniß, nur mit anderen
Personen. Ob die Leute sich dabei nicht mehr fühlten, konnte nicht fest-
gestellt werden.

Das die Bauern anbetrifft, so haben diese im ersten Jahre möglichst
viel Land bestellt; als ihnen aber die Ueberflüsse vorgekommen wurden,
verkauften sie ihre Unbrauchbare auf das Minimum, welches sie für
ihren eigenen Lebensunterhalt brauchen, sie hatten nicht daran, eine
Uerschreibe zugunsten der Städte zu leisten. Aus diesem Grunde wird
heute die Unbrauchbare Rußlands nun ein erhebliches niedriger angenommen
als vor dem Kriege; nimmt man noch hinzu, daß ein wesentlicher Teil
des lebendigen Inventars zu Kriegszwecken requiriert ist, so kommt man
zu der Ansicht, daß von größeren Uerschreibern gar keine Rede sein
kann. Was die Volkswirtschaft in der Welt darüber verzeichnen, ist blüß.
Wir glauben nicht, daß selbst bei geordnetem Transportwesen bedeutliche
Uerschreimungen zur Verfügung stehen würden, es könnte allenfalls eine
normale Versorgung der eigenen Städte erreicht werden. Die Bewegung
der Uerschreime spricht jedenfalls für diese Ansicht, wenn man sie auch zum
Teil durch mangelnden Transport erklären kann. Der Bauer tendet
Rangel an allen Orten und landwirtschaftlichen Maschinen; sollten
wieder einmal normale Verhältnisse eintreten, so wird das Verhältniß
dabei ein enormes sein. Er gibt seine Produkte nicht mehr für Geld her,
von dem er genugsam besitzt, sondern er verlangt Tauschware. Auf diese
Weise wandern allmählich alle Wertgegenstände von der Stadt auf das Land,
der Bauer ist der große Mann, der Städte mehr ihm sein Leben zum
Opfer bringen. Bei dem bereits beginnenden Mangel an Tauschwaren
müssen diejenigen, die sie zu Tauschwaren eintauschen, enorme Preise dafür
anzulegen, was wieder die hohen Preise im Großhandel erklärt. Im ganzen
muß man daher sagen, daß es dem Bauernlande, der heute etwa
30 Prozent der Bevölkerung ausmacht, nicht schlecht geht, vielleicht eher
besser als in den zaristischen Zeiten, wo er der Hauptträger aller Staats-
lasten war; dies muß man sich immer vergegenwärtigen, wenn man aus
den wirtschaftlichen Verhältnissen politische Schlüsse ziehen will.

Zusammenfassend darf wohl gesagt werden, daß Rußland unter der
Herrschaft des Kommunismus einen vollkommenen Zusammenbruch seines
Wirtschaftslebens erfahren hat; die Wunden, die ihm dieser geschlagen hat,
sind viel tiefer als alle Schläge des Krieges. Man will die Haupt-
triebfeder des menschlichen Fortschritts, das persönliche Interesse, ausschalten
und andere Motive an seine Stelle setzen, die der menschlichen Natur
nicht entsprechen; das ist daselbe, als wenn man plötzlich behaupten
wollte, der Motor sei nicht das beste Fortbewegungsmittel eines Kraft-
wagens, und dieser würde besser vorwärts kommen, wenn man ihn abseits
und den Wagen mit Pferden vorwärts jage. Was wird man den Unver-
ständlichen merken, und es wird von der Geduld der Inassen abhängen, wie
lange sie sich diese Verlangsamung des Tempos werden gefallen lassen.

1920 erst tastend der Versuch gemacht wird, die uneinigen Brüder der zweiten Internationale wieder zusammenzubringen.

Die Theorie ist eben grau und die sozialistische Idee hatte nicht mit der Fingere eines jeden Volkes geredet, wenn es bebrängt wird. Die zweite Internationale hielt bei Kriegs- ausbruch nicht zusammen, sondern zerfiel gleich in zwei Teile: Auf der einen Seite standen die Entente-sozialisten, und auf der andern Seite hielten die Sozialisten der Mittel- und Ostländer durchschneidend auf dem Standpunkt der konservativen deutschen Kreise stand, von Gustav Gerve angefangen, der seine Zeitung „La Guerre sociale“ (Der soziale Krieg) in „La Victoire“ (Der Sieg) taufte, und dessen Seiten von Arifelen strepften, die in Deutschland wohl selbst der „Deutschen Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ zu stark gewesen wären, bis zu dem radikalen Sozialisten Cadin, der 1917 nach Rußland eilte, um Kerenski zum neuen Kampf gegen Deutschland anzunehmen.

Die deutschen Sozialisten, die derartiges nicht aufzuweisen hatten, wollten wenigstens in etwa dartun, daß sie ihrem alten Prinzip treu geblieben waren und begannen seit 1917 eine merkwürdige Politik zu betreiben, um bald „um Frieden zu kommen“, was ja auch eine Forderung des Stuttgarter Sozialistenkongresses gewesen war. Aber jeden Satz des „Vorwärts“ und der sozialistischen Presse nach Verständigungsfrieden beantworteten die Entente-sozialisten mit neuen Sieben zur vollständigen Niederwerfung Deutschlands.

Trotzdem haben die Sozialisten der Entente-Länder den Mut, in Genuß von den deutschen Mehrheitssozialisten ein Sündenbekenntnis zu fordern, in welchem die deutschen Mehrheitssozialisten ihre Bedauern darüber aussprechen sollen, daß sie nicht schon 5 Jahre früher Revolution gemacht, also ihr Haus angezündet hätten. Zwar wollen vorläufig die deutschen Mehrheitssozialisten sich zu diesem Unsinne noch nicht bequemen, aber bei der bekannten Weichherzigkeit der deutschen M. S. den Entente-Genossen gegenüber dürfte es wohl nicht lange dauern, bis eine Formel gefunden wäre, auf die man sich „einigen“ könnte. Die Entente-Genossen zeigen nicht die geringste Anstrengung, auch nur ein Tüpfelchen von dem schmachtvollen Frieden zu Versailles und dem elenden Abkommen von Spa zu Gunsten des deutschen Volkes zu streichen; im Gegenteil, sie verlangen im treuesten Biedermannston, daß auch das deutsche Volk die moralische Schuld auf sich nähme, genau wie es die vier Gewaltmänner von Versailles auch verlangten. Und die deutsche Mehrheitssozialdemokratie?

Die erste und zweite Internationale haben die Unzulänglichkeit des Internationalismus erwiesen. Ob die dritte Internationale, die Internationale brutaler Gewalt, größere Erfolge aufzuweisen haben dürfte?

In der sozialdemokratischen Bewegung haben die Ideen des Ostens, von Rußland ausgehend, die erste und zweite Internationale zu sprengen und eine neue, noch reinen revolutionären, Klassenkämpferischen Motiven aufzubauen versucht. In der ersten Internationale, die 1870 freilich auslief, war es nur dem überragenden geistigen Einfluß von Marx zu verdanken, wenn der Russe Bakunin, der „Vater der Revolutionäre“, welcher bedeutende Sprengminen in die erste Internationale gelegt hatte, Ende der 60ziger Jahre herausgedrückt werden konnte. Bakunins Programm war das des extremen Klassenkampfes und in seinen Leitlinien ist er auch der Vater der heutigen Bolschewisten, Anarchisten, Syndikalistinnen usw. Das Ziel der „Revolutionäre“, heißt es in seinem Katechismus, „bleibt immer das gleiche: möglichst schnell und möglichst sichere Zerstörung dieser Weltordnung. Der Revolutionär muß alle seine Mittel und Kräfte daran setzen, um die Leiden und das Unglück zu steigern, seine Gebuld zu erschöpfen und es zu einer Erhebung in seiner Gesamtheit anzustacheln.“

Gelang es damals dem Meister, die Ideen Bakunins für Westeuropa zurückzubringen, so bargen die sozialistischen Epigonen des 20. Jahrhunderts nicht mehr die Kraft in sich, den Osten zu bändigen. Die Ideen des Bolschewismus und Anarchismus trieben wie eine Flut auch über die deutschen Grenzen, als Trotzki und Lenin Ende 1917 die Herrschaft an sich rissen. Sie bauten die dritte Internationale des Bolschewismus und des brutalsten Klassenkampfes auf, und haben der zweiten Internationale den härtesten Stoß versetzt. Wie lange sich die zweite Internationale und auch die deutschen Mehrheitssozialisten auf der scheinbar mittleren Linie halten können, hängt ganz von der Expansionswucht der bolschewistischen Ideen ab. Nur zu oft haben wir es, zuletzt noch bei den Revolten im Ruhrgebiet, erlebt, daß die Mehrheitssozialdemokratie nichts anderes ist als der Sancho Panza, der getreue Schildknappe der Kommunisten.

Zwischen diesen beiden Internationalen pendelt als seltsamstes Gewächs die deutsche U. S. P. hin und her, dieselbe Partei, über welche Moskau die volle Schale seines Hornes ausgoß, als es die U. S. P. „Ekelhafte Individuen“ schalt, die den Ententegenossen die Stiefel lecken. Nun wollen bekanntlich die U. S. P. Herren ihrem Leipzig-Programm von 1919 treu bleiben, aber zu gleicher Zeit auch eine gute Nummer bei Moskau haben. Man kann aber leider nicht zwei Herren dienen. Alle Beschwichtigungsschreiben und Südbildungsadressen nach Moskau wurden von Lenin und Trotzki mit Fußstapfen beantwortet, von denen freilich die Masse der U. S. P. nie etwas erfährt, weil die U. S. P. Presse derartiges sorgsam verheimlicht. Der fürsorgliche Hausvater „Vorwärts“ zieht aber alle diese Fußstapfen mit einer rührenden Objektivität zur stillen Wut der U. S. P. ans Tageslicht. Um ihre völlige Untertänigkeit zu zeigen, sandte vor kurzem die U. S. P. zum ferneren Dalai-Lama Lenin eine Botschaft, die aus den Bilgeren Crispian, Däumig und Stöcker bestand. Sie bekamen freilich keine Friedensbotschaft zu hören, sondern auf dem Kongreß, der in Moskau stattfand, warf Lenin der deutschen Unabhängigen Partei vor, daß sie gegenrevolutionäre Elemente umfasse und erklärte, daß eine Politik, die vor Gewalt und Terrorismus zurückschreckt, nicht existenzfähig sei, und daß man ohne Terrorismus und ohne Gewalt niemals die Diktatur des Proletariats aufrichten könne. Crispian stellte er auf eine Stufe mit dem Renegaten Kautsky und donnerte den gerührt dreinschauenden Bilgeren an: „Ihr seid der lebendige Beweis dafür, daß Kautsky großen Einfluß hat, und daß dieser Einfluß ein sehr schlimmer für die Masse ist, weil er eine bürgerliche Tendenz hat. Wir können nicht mit Kautsky zusammenwirken und wir wünschen kein neues Mitglied in unsere kommunistische Internationale aufzunehmen, das sich auf Kautsky's Standpunkt stellt.“

Da die U. S. P. eine getreue Tochter Moskaus sein will, so werden wahrscheinlich die Herren Kautsky, Hilferding und Crispian ihre Bündel schnüren müssen, wenn sie sich nicht dem heiligen Worte von Moskau rückhaltlos beugen. Schon brodelt es in der U. S. P. und eine Anzahl Gruppen will den Rufus 10 der Moskauer Forderungen „Bereinigung mit U. S. P.“ wahr-machen.

Moskau zieht mit furchtbarer Konsequenz alle radikalen Kreise in seinen Bann und über kurz oder lang dürften auch die Mehrheitssozialisten sich mit der dritten Internationale auf „eine gemeinsame Formel“ einigen.

Noch selten war für das gesamte deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, für die deutsche Kultur und das Christentum die Gefahr einer Tartarisierung derart drohend, wie jetzt, wo die Räter Moskauer an der deutschen Grenze streifen, schnellst gewünscht und auch heimlich unterstützt von dem radikalisierten sozialistischen Proletariat und den östlichen Führern. Die auf den Trümmern des demokratischen Deutschlands zwar nicht die Diktatur des Proletariats, sondern ihre Diktatur aufrichten wollen. Darum der Schrei der Kapitalisten in der U. S. P. nach Bewaffnung des Proletariats und Entwaffnung der Bürgerwehr.

Die auf dem Boden der Verfassung der Demokratie, der Gemeinschaftsarbeit und des Rechtes stehenden Volksschichten müssen sich gegen diese tartarische Gefahr zusammenschließen. Die christlichen Arbeiter aller Länder haben sich zu einer Internationale zusammengefunden, um der verderblich bringenden roten Flut einen festen Damm entgegenzusetzen. Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft werden nicht durch Moskau und Genuß wieder in die Höhe gerissen, sondern nur durch den Geist von Weimar und die geläuterte mit wirklich sittlichen Motiven erfüllte Energie von Potsdam.

Innere Verbandsaufgaben.

Heinrich Henkemeier.

Die Agitation.

Die Agitation ist ein Kapitel, dem gar nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet werden kann, wo aber auch andererseits kein „Fachmann“ auslernet, sondern immer wieder neue Gesichtspunkte hervortreten, die bei geschickter Handhabung der guten Sache dienstbar gemacht werden können. Wir dürfen uns ruhig gegenseitig zugestehen, daß manche günstige Situation für die Werbung neuer Mitglieder von uns selber verpaßt worden ist. Eine zuverlässige Ueberwachung der vorherrschenden Stimmung und von gewissen, die Denkrichtung der Arbeitermassen beeinflussenden Strömungen ist unerlässlich. Im besonderen ist auch die Taktik der Gegner genau zu verfolgen.

Alle Mitglieder und besonders die Vertrauensleute müssen dahin instruiert werden, daß sie alle diesbezüglichen Beobachtungen dem Zahlstellenvorstand und durch diesen, oder direkt der Ortsverwaltung melden. Je besser dieser Meldebienst funktioniert, um so besser und umfassender können günstige Gelegenheiten ausgenutzt werden. Da ist z. B. eine Arbeitergruppe im Betriebe, die bisher aus irgendwelchen Gründen nicht organisiert war. Es sind Lohn- oder Altersdifferenzen entstanden — die Leute wissen keinen Ausweg. Die Sache wird dem Vorstand gemeldet, der schnellstens eine Zusammenkunft mit den Leuten veranstaltet und in der Regel ist es dann ein Leichtes, die Leute jetzt zu gewinnen. Noch wichtiger erscheint uns aber, daß ein guter Meldebienst die Möglichkeit schafft, den Angriffen näherer Gegner sofort wirksam zu begegnen und manchem roten Sägenmaul kann das unsaubere Handwerk gelegt werden.

Die Agitation und Aufklärung durch die Presse, Flugchriften, öffentliche Versammlungen usw. ist vornehmlich Aufgabe der Ortsverwaltungen. Den Zahlstellen fällt hier vornehmlich die agitatorische Kleinarbeit zu. Zu unterscheiden ist da dreierlei, und zwar:

1. die Mundagitation, die überall zu betreiben ist, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Gelegenheiten bieten sich tagtäglich in Familien- und Freundeskreisen, im Verein, bei geselligen Zusammenkünften, am Bierisch usw.
2. die Hausagitation.
3. der Hausbesuch bei solchen Mitgliedern, die aus irgendwelchen Gründen dem Verbande untreu werden wollen.

Die Erfahrungen bei der Mundagitation sollten regelmäßig in den Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen besprochen werden. Besonders ist hierbei die Agitation in den konfessionellen Arbeiter- und Jugendvereinen zu beachten. Die Vertrauensmänner des Verbandes und sonstige eifrige Kollegen müssen sich zu gemeinsamer Arbeit innerhalb dieser Vereine zusammenschließen. In diesen Vereinen läßt sich bei sorgfältiger Ueberwachung der Mitgliederlisten auch noch wertvolles Hausmaterial für die Hausagitation sammeln.

Manchen Kollegen wird es gruselig, wenn sie von Hausagitation hören und das kommt daher, daß sie sich die Sache schwieriger vorstellen als sie ist, oder vielleicht einen mißglückten Versuch gemacht haben. In Ortsgruppen und bei Mitgliedern, die einmal an einer erfolgreichen Hausagitation teilgenommen haben, findet man in der Regel immer wieder Bereitwilligkeit für diese Arbeit. Die Hausagitation ist deshalb so empfehlenswert, weil sie 1. einen sehr hohen erzieherischen und bildenden Wert hat und die beste Schule für den angehenden Verbandsfunktionär ist. 2. ist die Hausagitation die billigste und wirksamste Werbemethode.

Es wird heutzutage recht viel — vielleicht mehr als gut ist — von stichtischer Erneuerung geredet, jedoch will uns scheinen, daß dabei meistens übersehen wird, wie die stichtische Erneuerung usw. in erster Linie ein Problem der Willensbildung ist. Mit schönen geistreichen Reden allein kann die Frage nicht gelöst werden

und wenn, wie es seitens linksradikaler Agitatoren vielfach geschieht, gleichzeitig an die niederen Instinkte, an „das Tier“, im Menschen appelliert wird, dann erreicht man das Gegenteil von einer sittlichen Erhebung. Es gilt, dem Einzelnen Aufgaben zu stellen, die ihn nützlich und Gelegenheiten bieten, die Willenskräfte im Dienste einer guten Sache zu stärken. Hierzu eignet sich die Hausagitation in hervorragendem Maße. Schon der ernsthafteste Entschluß zur Betätigung auf diesem Gebiete setzt Willensstärke und Selbstüberwindung voraus. Die reichsten und vielseitigsten Anregungen ergeben sich sowohl für den Agitator, wie für das „Objekt“ der Hausagitation, den Unorganisierten, weil hier die vielfach bei der Betriebsagitation in Erscheinung tretenden äußeren Umstände (Druckmittel) in der Regel ausgeschaltet sind und in jedem Falle, bildlich gesprochen, ein geistiger Ringkampf stattfindet. Dieses hat zur Folge, daß einerseits der Agitator mächtig angepörrt wird, sich selbst weiterzubilden und andererseits ist damit zu rechnen, daß auch bei dem Gegenpartner, dem Unorganisierten, selbst wenn er nicht sofort als Mitglied gewonnen wird, nachhaltig wirkende Eindrücke haften bleiben.

Ein bemerkenswerter Fall ereignete sich vor mehreren Wochen auf der Geschäftsstelle Müll-Ruhr. Ein Unorganisierter kommt u. erklärt, dem Verbands beitreten zu wollen. Die Feststellung der Personalien usw. ergab, daß der Mann in einem Betriebe arbeitet, der fast ausschließlich von Sozialisten besetzt ist, und dieses veranlaßte uns zu der Frage nach den Beweggründen für den Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband. Der Mann erklärte dergestalt, er sei vor einigen Monaten von einem Vertrauensmann unseres Verbandes in der Wohnung besucht worden. Damals hätte er sich allerdings noch nicht für uns entschließen können — aber inzwischen habe er sich an Hand von Schriften, die damals hinterlassen seien und auf Grund von Beobachtungen, zu denen er durch die damalige Aussprache angeregt sei, ein anderes Urteil gebildet und wolle jetzt mitmachen. In der weiteren Unterredung leuchtete ferner durch, daß auch noch familiäre Einflüsse mitgewirkt zu haben schienen und spätere Ortungsbedingungen bestätigten, daß die Frau sehr für unseren Verband eingenommen war. Es war leider nicht möglich, den Namen des Vertrauensmannes festzustellen, denn wahrscheinlich würde derselbe sehr erstaunt über den nachträglichen Erfolg seiner Arbeit gewesen sein. Es gibt halt Früchte, die sehr langsam reifen und dabei sollen es nicht einmal die schlechtesten sein. Ein weiterer Vorteil der Hausagitation ist der, daß gleich die ganze Familie, ja manchmal darüber hinaus die Nachbarn mit erfasst und beeinflusst werden.

Wir müssen also heran an diese Aufgabe, und wo ein Wille ist, da wird sich auch ein geeigneter Weg finden lassen.

Ueber die Möglichkeit des Einspruchs gegen Kündigungen in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern.

Karl Hermann.

Nach § 84 Absatz 1 des Betriebsrätegesetzes kann der Arbeitnehmer im Falle der Kündigung seitens des Arbeitgebers binnen 5 Tagen nach der Kündigung Einspruch erheben, indem er den Arbeiter- bzw. Angestelltenrat anruft. Voraussetzung zu dieser Anrufungsberechtigung ist, daß der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder nicht Zugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein, oder einem militärischen Verband erfolgt ist. Ferner ist der Einspruch gegen die Kündigung bei der Betriebsvertretung zulässig, wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist, oder wenn sie deshalb vorgenommen wurde, weil der Arbeitnehmer sich geweigert hatte, dauernd andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten und schließlich, wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt. Bei fristloser Entlassung kann der Einspruch darauf gestützt werden, daß ein Grund zu fristloser Entlassung nicht vorliegt.

Nun muß aber, wie gesagt, der Einspruch gegen die Kündigung in den erwähnten Fällen beim Arbeiter- oder Angestelltenrat angebracht werden; da es aber einen Gruppenrat in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern nicht gibt, so ist in solchen Fällen eine Einspruchsmöglichkeit im Sinne des Betriebsrätegesetzes gegen eine Kündigung überhaupt nicht möglich. Beim Betriebsobmann — in Betrieben mit weniger als 20, aber mindestens 5 wahlberechtigten Arbeitnehmern — kann ein Einspruch gegen eine Kündigung in den erwähnten Fällen nicht geltend gemacht werden, weil die Befugnisse des Betriebsobmanns nach § 92 des Betriebsrätegesetzes nur auf bestimmte Fälle beschränkt sind und gerade die Berechtigung zur Entgegennahme eines Einspruchs gegen Kündigung von diesen Befugnissen ausgeschlossen ist. Ebenjowenig gibt es ein Einspruchsverfahren in Betrieben ohne Betriebsobmann, d. h. in Kleinbetrieben mit weniger als 5 Arbeitnehmern.

In denjenigen Betrieben nun, wo ein Gruppenrat vorhanden ist, hat dieser im Falle des Einspruchs gegen eine Kündigung gemäß § 86 des Betriebsrätegesetzes zunächst den Versuch zu machen, mit den Arbeitgebern eine Verständigung herbeizuführen. Gelingt diese Verständigung binnen einer Woche nicht, so kann der Gruppenrat oder der gekündigte Arbeitnehmer binnen weiteren 5 Ta-

den den Schlichtungsausschuss anrufen. Wo dagegen ein Gruppenrat nicht vorhanden ist, ist jener Verständigungsversuch mit dem Arbeitgeber der Natur der Sache nach nicht möglich und demgemäß auch die Anrufung des Schlichtungsausschusses ausgeschlossen. Mit anderen Worten: Nach dem Betriebsrätegesetz hat der Arbeitnehmer in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitsgenossen keine Möglichkeit, sich gegen eine Kündigung in den vorerwähnten Fällen durch Anrufung des Schlichtungsausschusses zu wehren. In diesem Rechtszustand liegt zweifellos eine Härte, für die es nach menschlichem Empfinden kaum eine Rechtfertigung gibt. Der Zustand führt auch, wie die Praxis bereits gezeigt hat, zu der bedenklichen Erscheinung, daß ein gewisser Teil der Arbeitgeber danach trachtet, die Zahl seiner Belegschaft nach Möglichkeit unter das Höchstmaß von 19 Arbeitnehmern zu reduzieren.

Anders verhält es sich allerdings bei Streitigkeiten über Entlassungen einzelner Arbeitnehmer, welche ausschließlich zum Zwecke der Einschränkung der Arbeitnehmerzahl vorgenommen werden. In diesem Falle ist der Schlichtungsausschuss nach Maßgabe der Bestimmungen der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. 2. 1920 ohne weiteres zuständig. Die Größe der Betriebe kommt in solchen Entlassungsstreitigkeiten nicht in Betracht. Im übrigen aber ist bei Entlassungsstreitigkeiten die Anrufung des Schlichtungsausschusses im Rahmen der sonstigen Zuständigkeit derselben nach dem Betriebsrätegesetz den Arbeitnehmern in Kleinbetrieben entzogen. Ueber diesen Mißstand vermochte bisher keine, auch noch so ausgebreitete Auslegung des Betriebsrätegesetzes hinwegzuhelfen; und dennoch gibt es einen Ausweg, auf welchen die beteiligten Arbeitnehmerkreise endlich einmal öffentlich hingewiesen werden sollen.

Ganz schuldig sind die Arbeitnehmer in Kleinbetrieben in Wirklichkeit nämlich nicht. Die württembergischen Schlichtungsausschüsse sind in der gegenständlichen Frage gelegentlich beim Reichsarbeitsminister vorstellig geworden, und dieser hat durch Verfügung I A 1119/20 vom 19. 2. 1920 folgendermaßen entschieden:

Für Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern gilt nach wie vor § 20 der Verordnung vom 23. 12. 1918, wonach der Schlichtungsausschuss zwar keine entscheidende, jedoch im Falle von Arbeitsstreitigkeiten eine beratende Tätigkeit ausübt.

Nach dem Wortlaut des erwähnten § 20 der Verordnung vom 23. 12. 1918 können die Schlichtungsausschüsse in Betrieben, wo eine Arbeitnehmervertretung nicht besteht, von der Arbeiterschaft oder der Angestelltenchaft angerufen werden, wenn bei Streitigkeiten über die Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zustande gekommen ist. Daraus geht hervor, daß der Schlichtungsausschuss sich bei einer Arbeiterzahl von weniger als 20 mit Einzelstreitigkeiten, also auch mit Entlassungsstreitigkeiten einzelner Arbeitnehmer, tatsächlich dann befähigt kann, wenn eine Arbeiterschaft oder Angestelltenchaft besteht. Diese Auffassung wird durch eine zweite Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums, welche auf eine ähnliche Anfrage des Schlichtungsausschusses für die Bekleidungsindustrie Groß-Berlin unter I A 1869 am 3. 5. 1920 ergangen ist, noch bestätigt. Die reichsministerielle Entscheidung lautet folgendermaßen:

In den Fällen, in denen keine Arbeiterräte, Angestelltenräte vorhanden sind, können der Obmann oder mangels eines solchen die Arbeitnehmerschaft (die Arbeiterschaft, Angestelltenchaft) den Schlichtungsausschuss nur auf Grund des § 20 der Verordnung vom 23. 12. 1918, also wenn die Kündigung zum Anlaß (allgemeiner) Arbeitsstreitigkeit geworden ist, zur Vermittelung, nicht zur verbindlichen Entscheidung anrufen.

Nach den beiden Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums können also die Schlichtungsausschüsse auch in Entlassungsstreitigkeiten einzelner Arbeitnehmer in Kleinbetrieben angerufen werden, wenn die Anrufung durch den Betriebsobmann oder durch die Arbeitnehmerschaft erfolgt. Es bleibt dann aber ein Unterschied in der Behandlung der Angelegenheit durch den Schlichtungsausschuss insofern bestehen, als der Schlichtungsausschuss im letzteren Falle keine endgültige Entscheidung abgibt, wie beim Betriebsrätegesetz, sondern außerdem Falles einen Schiedsspruch im Sinne der Verordnung vom 23. 12. 1918, welcher bekanntlich bei Nichtannahme durch den Arbeitgeber der Verbindlichkeit der Demobilisierungskommission bedarf. Ein Nachteil für den betroffenen Arbeitnehmer des Kleinbetriebes dürfte darin allerdings insofern liegen, als das Bestehen jener durch die Verbindlichkeitsklärung in die Länge zieht, aber immerhin ist die Rechtslage für den Arbeiter des Kleinbetriebes nicht so ungünstig, wie man bisher gemeinhin annahm.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. August, der 26. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 22.-28. August.

Erste Auflage der Zeitschrift: „Ethischer oder materialistischer Sozialismus“ von Schriftleiter, Kollege Georg Wieber, ist vergriffen. Eine neue Auflage wird herausgegeben werden, wenn sich aus den einlaufenden Bestellungen der Ortsvereine, deren bereits eine Anzahl vorliegen, die Notwendigkeit dazu ergibt.

Wochenbeitrag.

Rettowitz D. S. Das Geschäftsjahr unseres Verbandes schließt sich Sommerstraße 10.

Belegzettel bei der Hauptkasse im Monat Juli.
 Essen 25 000, Bielefeld 21 000, Dortmund 10 000, Düsseldorf 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken 10 000, Luxemburg 10 000, Aachen 10 000, Düsseldorf 10 000, Essen 10 000, Dortmund 10 000, Bielefeld 10 000, Köln 10 000, Bonn 10 000, Braunschweig 10 000, Hannover 10 000, Magdeburg 10 000, Leipzig 10 000, Chemnitz 10 000, Dresden 10 000, Berlin 10 000, Frankfurt 10 000, Stuttgart 10 000, München 10 000, Nürnberg 10 000, Regensburg 10 000, Bamberg 10 000, Bayreuth 10 000, Würzburg 10 000, Schweinfurt 10 000, Kassel 10 000, Wiesbaden 10 000, Koblenz 10 000, Trier 10 000, Saarbrücken